

# AMTSBLATT

## DER BUNDESSTADT BONN

---

42. Jahrgang

30. Dezember 2010

Nummer 57

### Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Bonn  
am Dienstag, dem 13.07.2010, um 18.00 Uhr,  
im Ratssaal, Stadthaus, Berliner Platz 2

---

2807

Herausgeber:  
Bundesstadt Bonn, Der Oberbürgermeister, Presseamt, Stadthaus, Berliner Platz 2, 53103 Bonn  
☎ 77-3925, ☎ 77-2840, Fax: 77-3559, E-Mail: [amtsblatt@bonn.de](mailto:amtsblatt@bonn.de) Internet: [www.bonn.de](http://www.bonn.de)  
Erscheinungsweise: Mittwochs nach Bedarf, kostenlos  
Bezugsquellen: Auskunftstellen der Stadtverwaltung: Stadthaus, Rathäuser Bad Godesberg,  
Beuel und Hardtberg, Versand: ☎ 77-2840

BONN.

Sitzung

Sitzungstag

Sitzungsort

Beginn

Ende

<b>Niederschrift</b>	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich
Drucksachennummer	
1111061NO	
<b>Rat</b>	
	IX/11
13.07.2010	
Stadthaus, Ratssaal	
20:05	Uhr
23:35	Uhr

Seite

## Tagesordnung

- 1 Öffentliche Sitzung
- 1.1 Anerkennung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates  
- entfällt -
- 1.3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen  
- entfällt -
- 1.4 Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse  
  
- entfällt -
- 1.5 Anträge von Fraktionen
- 1.5.1 Drucksachen-Nr.: 1012103  
Antrag: Bündnis 90 / GRÜNE CDU-Fraktion vom 21.06.2010  
RPA-Bericht zum WCCB
- 1.5.2 Drucksachen-Nr.: 1012170NV3  
Antrag: Bündnis 90 / GRÜNE CDU-Fraktion vom 24.06.2010  
RPA-Bericht zum WCCB
- 1.5.3 Drucksachen-Nr.: 1012181  
Dringlichkeitsantrag Stv. Wimmer und BBB-Fraktion betr. WCCB –  
Übereinstimmung der Bauanlage mit dem ursprünglichen Architektenentwurf

- 1.5.4 **Drucksachen-Nr.: 1012271**  
**Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom**  
**12.07.2010 betr. Marketing Zuschuss**
- 1.6 **Vorlagen der Verwaltung**  
**- entfällt -**
- 1.7 **Mitteilungen**
- 1.7.1 **Drucksachen-Nr.: 1012169**  
**Öffentlicher WCCB-Bericht**
- 1.7.2 **Drucksachen-Nr.: 1012242**  
**Punkte der nichtöffentlichen Sitzung**

## 1 Öffentliche Sitzung

Oberbürgermeister Nimptsch eröffnet um 20:05 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates. Auf seine Frage, ob gegen die Übertragung der Sitzung im Internet Bedenken bestehen, werden keine Einwände erhoben.

### 1.1 Anerkennung der Tagesordnung

**Beschluss: (einstimmig)**

Die mit der Einladung vom 06.07.2010 zur 11. öffentlichen Sitzung des Rates am 13.07.2010 übersandte Tagesordnung wird anerkannt; der Behandlung der zur Tagesordnung nachgereichten Beratungsgegenstände betr.

- den Dringlichkeitsantrag des Stv. Wimmer und BBB-Fraktion vom 29.06.2010 zum WCCB – Übereinstimmung der Bauanlage mit dem ursprünglichen Architektenentwurf unter TOP 1.5.3 und
- den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis '90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2010 zum Marketing Zuschuss unter TOP 1.5.4

wird zugestimmt.

Wegen des engen Sachzusammenhangs werden die TOP 1.5.1, Antrag Bündnis '90/DIE GRÜNEN und CDU-Fraktion vom 21.06.2010 betr. RPA-Bericht zum WCCB, und TOP 1.5.2, Antrag Bündnis '90/DIE GRÜNEN und CDU-Fraktion vom 24.06.2010 betr. RPA-Bericht zum WCCB, zur gemeinsamen Behandlung miteinander verknüpft.

### 1.2 Genehmigung von Niederschriften

- entfällt -

### 1.3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

- entfällt -

### 1.4 Vorlagen aufgrund von Empfehlungen der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse

- entfällt -

### 1.5 Anträge von Fraktionen

#### 1.5.1 Drucksachen-Nr.: 1012103 Antrag: Bündnis 90 / GRÜNE CDU-Fraktion vom 21.06.2010 RPA-Bericht zum WCCB

Diese Angelegenheit wird gemeinsam mit TOP 1.5.2 behandelt (sh. hierzu auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

**Beschluss: (einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE und der BIG-Gruppe)**

1. Das Rechnungsprüfungsamt fasst für den Rat die wesentlichen Ergebnisse seines Berichtes- inklusive der aktuellen Erkenntnisse (E-Mails, Stick, Schriftverkehr Sparkasse) zum WCCB zusammen.
2. Die Personen, denen vom RPA die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Bericht eingeräumt wurde, erhalten Rederecht in der Ratsitzung, um gegenüber dem Rat ihre Stellungnahmen vortragen zu können.  
Dies gilt ausdrücklich auch für die Personen, die der Verwaltung nicht mehr angehören.

3. Der OB berichtet dem Rat zu den Konsequenzen, insbesondere in organisatorisch/personeller und wirtschaftlich/haushalterischer Hinsicht, die er bisher aus dem Bericht des RPA gezogen hat. Dabei geht er auch auf Zeitpunkt und Umsetzung der Maßnahmen ein.

---

Diese Angelegenheit wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 1.5.2 behandelt. Zu Beginn der Beratung stellt Oberbürgermeister Nimptsch seine Position in einem ausführlichen Redebeitrag dar. Der Wortlaut der Rede mit dem Titel "Unsere Stadt und ihr Konferenzzentrum - eine endliche Geschichte" ist als Anlage beigefügt. Im Anschluss hieran stellt Frau Stv. Paß-Weingartz - Bündnis 90/Die Grünen- den Geschäftsordnungsantrag, zunächst über den vorstehenden Dringlichkeitsantrag abzustimmen und sich alsdann inhaltlich mit der Rede auseinanderzusetzen. In einer Gegenrede hierzu vertritt Stv. Hümrich -FDP- die Auffassung, es sei sinnvoll, zunächst einmal die Rede zu erörtern, und danach über den Antrag zu entscheiden. In der anschließenden Abstimmung wird der Geschäftsordnungsantrag von Frau Stv. Paß-Weingartz -Bündnis 90/Die Grünen- mehrheitlich angenommen.

Als dann fasst der Rat auf der Grundlage des vorliegenden Dringlichkeitsantrages den vorstehend wiedergegebenen Beschluss.

Während der Behandlung dieses Punktes übernimmt Bürgermeister Joisten in der Zeit von 20:55 Uhr bis 21:20 Uhr die Sitzungsleitung.

Entsprechend der vorstehenden Beschlussfassung zu Ziffer 1 stellt Amtsleiter Schallenberg - Rechnungsprüfungsamt- die wesentlichen Ergebnisse des RPA-Berichtes dar. An der anschließenden Aussprache beteiligen sich Stv. Wimmer -BBB-, Dr. Gilles -CDU-, Frau Stv. Paß-Weingartz, Stv. Finger -beide Bündnis 90/Die Grünen-, Stv. Hümrich -FDP-, Stv. Faber -Die Linke-, der in diesem Zusammenhang den zu Tagesordnungspunkt 1.5.2 eingebrachten Änderungsantrag seiner Fraktion (DS-Nr.: 1012170AA7) begründet, Frau Stv. Esch -SPD-, Frau Stv. Overmans -CDU-, die beantragt, die Rede des Oberbürgermeisters im Wortlaut der Niederschrift beizufügen, Stv. Schott -BBB-, Frau Stv. Poppe -Bündnis 90/Die Grünen-, die dem Rechnungsprüfungsamt für den umfangreichen Bericht ausdrücklich dankt sowie Stv. Klein -SPD-.

1.5.2

Drucksachen-Nr.: 1012170NV3

Antrag: Bündnis 90 / GRÜNE CDU-Fraktion vom 24.06.2010

RPA- Bericht zum WCCB

Diese Angelegenheit wird gemeinsam mit TOP 1.5.1 behandelt (sh. hierzu auch Protokollnotiz zu TOP 1.1).

**Beschluss:** (in ziffernweiser Abstimmung; Ziffern 1., 2., 5., 6. und 7.: einstimmig, Ziffer 3.: mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE bei Stimmenthaltung der BIG-Gruppe, Ziffer 4.: mit Mehrheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion)

1. Der Rat bekennt sich erneut zum Kongresszentrum Bonn. Die Fertigstellung und der Betrieb des Kongresszentrums sind für die Weiterentwicklung und Etablierung der UN-Stadt Bonn unverzichtbar und wesentlich für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft unserer Stadt.
2. Der Rat muss zur Kenntnis nehmen, dass das städtische Rechnungsprüfungsamt aufgrund der ihm vorliegenden Akten und Stellungnahmen von Betroffenen abschließend zu folgendem Fazit kommt:

*Das Rechnungsprüfungsamt kommt abschließend zu dem Ergebnis, dass beide Fragen des Rates im Rahmen des Prüfauftrages*

*- ob die Kostensteigerungen von insgesamt über 60 Millionen Euro seitens der UNCC bzw. seines Generalübernehmers ausreichend plausibilisiert und zeitnah im Detail nachgewiesen wurden,*

*- ob die Stadt, vertreten durch das SGB, ein geeignetes und effektives Controlling durchgeführt und damit die Interessen der Stadt gewahrt hat*

*mit Nein beantwortet werden müssen.*

3. Der Rat nimmt diese Feststellungen mit großer Betroffenheit zur Kenntnis. Er stellt fest, dass das o.g. Fazit zu einem tiefgreifenden Vertrauensverlust zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat führen muss.  
Er fordert den Oberbürgermeister auf, den Personen, denen bereits vom Rechnungsprüfungsamt die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, die Gelegenheit zu geben, gegenüber dem Rat ihr Verhalten zu erläutern.
4. Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf – auch in schriftlicher - Form darzustellen, welche **Konsequenzen** er bisher insbesondere in organisatorisch/personeller und wirtschaftlich/haushalterischer Hinsicht aus dem Bericht des RPA gezogen hat.  
Dabei soll auch haftungsrechtliche Fragen geklärt und ggf. gegen Verjährungsansprüche geschützt werden.  
Zusätzlich wird auch auf Zeitpunkt und Umsetzung der Maßnahmen eingegangen.
5. Der Rat der Stadt fordert den Oberbürgermeister auf darzustellen, wie er das **Informationsrecht der Öffentlichkeit** über Ursachen und Verantwortlichkeiten zum WCCB-Desaster in Bezug auf städtisches Handeln insbesondere auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes sicherstellen will.
6. Die Verwaltung berichtet, welche Konsequenzen sie für die Zukunft aus den auftretenden Fehlern ziehen will, insbesondere
  - a. wie ein ordnungsgemäßes Projektcontrolling auch unter Berücksichtigung der entsprechenden Hinweise der GPA durchgeführt werden soll, sei es durch eine entsprechend ausgestattete eigene Dienststelle oder durch externes Controlling.
  - b. wie sichergestellt werden soll, dass Verträge auf die Richtigkeit von Anlagen und Übereinstimmung mit Ratsbeschlüssen geprüft und sonstig auftretende Rechtsfragen (z.B. Vergaberecht, EU-Beihilferecht u.ä.) auch bei Vertragsänderungen aktuell beantwortet werden,
  - c. wie auch elektronisch (z. B. durch E-Mail) kommuniziertes Verwaltungshandeln nachvollziehbar dokumentiert und vorgangsbezogen archiviert werden soll.
7. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert mitzuteilen, welche Konsequenzen die Verwaltung aus den aufgeworfenen Problemen auch im Hinblick auf die persönliche Verantwortung einzelner Personen ziehen möchte. Dabei soll auch dargelegt werden, ob entsprechende Bewertungen derzeit verantwortlich getroffen werden können.

---

Im Vorfeld der vorstehenden Beschlussfassung lehnt der Rat zunächst mehrheitlich gegen die Stimmen der Linken deren Änderungsantrag mit der DS-Nr. 1012170AA9 ab. Der Änderungsantrag hatte folgenden Inhalt:

Die Beschlussvorlage wird in Ziffer „3.“, nach Satz zwei („(...) führen muss.“) um Folgendes ergänzt:

„Zugleich stellt der Stadtrat fest, dass die Realisierung des WCCB-Vorhabens im Rahmen eines PPP-Modells bereits ein politischer Fehler war. Projekte von zentraler Bedeutung für die Stadtentwicklung gehören grundsätzlich in öffentliche Verantwortung.“

Des Weiteren lehnt der Rat mehrheitlich die Ziffer 2 aus dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion (DS-Nr. 1012170AA7) ab; eine besondere Abstimmung über den Punkt 1 findet nicht mehr statt. „3 und 4 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion (AA7) werden von den Antragstellern übernommen und sind als Ziff. 6 und 7 in dem vorstehenden Beschluss enthalten.

Die Ziff. 1. und 2. des Änderungsantrages AA7 hatten folgenden Inhalt:

1. Der Rat nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsamts über die Prüfung des Controllings und der Baukostensteigerung World Conference Center Bonn (WCCB-Bericht) mit Betroffenheit zur Kenntnis.

Er stellt fest, dass aus Sicht dieses Berichts

- das Controlling beim WCCB offenbar unzureichend war und
  - die den Ratsentscheidungen aus dem Jahre 2009 zugrunde liegenden angenommenen Baukostensteigerungen nicht plausibel erklärt sind.
2. Der Rat der Stadt Bonn stellt fest, dass es sich bei Beginn des Projektes um die Begleitung eines privaten Projektes handelte. Dadurch wurde der notwendige Aufwand für die Begleitung des Projektes durch die Stadtverwaltung offenbar zu niedrig eingeschätzt. Es kann festgestellt werden, dass eine professionelle Projektbegleitung auch bei Investorenmodellen dieser Art notwendig ist und nicht aus den regelmäßig vorhandenen Apparat einer Stadtverwaltung heraus begleitet werden kann

1.5.3

**Drucksachen-Nr.: 1012181**

**Dringlichkeitsantrag Stv. Wimmer und BBB-Fraktion betr. WCCB – Übereinstimmung der Bauanlage mit dem ursprünglichen Architektenentwurf**

Diese Angelegenheit wird durch die Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet.

Der vorgelegte Dringlichkeitsantrag hatte folgenden Inhalt:

Der Oberbürgermeister berichtet soweit möglich im öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 08.07.2010,

1. inwiefern die tatsächlich ausgeführte Bauanlage mit dem ursprünglichen Entwurf von YES-Architektur übereinstimmt und worin die wesentlichen Abweichungen bestehen,
2. ob der Insolvenzverwalter vor einer endgültigen Übernahme durch die Stadt Bonn bereit ist, eine Bautenstandsermittlung durchzuführen sowie der Stadt Bonn oder einem von ihr beauftragten Dritten alle vorhandenen Pläne und Unterlagen zur Prüfung auszuhändigen,
3. wie sich im Verlauf der Verhandlungen die Konditionen seitens des Insolvenzverwalters für die Übernahme des WCCB durch die Stadt Bonn geändert haben,
4. ob und wie bei der letzten Verlängerung des Interimsbetriebs bis 31.12.2010 dessen vorzeitige Beendigung außer durch Übernahme des Kongresszentrums geregelt wurde.

Die Stellungnahme der Verwaltung hierzu hatte folgenden Wortlaut:

Die Fragen werden durch die PGK angabegemäß wie folgt beantwortet:

Zu Ziffer 1.

Beim Entwurf von yes-architecture handelte es sich um den Siegerentwurf eines Architektenwettbewerbs im groben Maßstab 1:200. Dieser Siegerentwurf war nicht Detailgrundlage der späteren Bauausführung. Mit der konkreten Ausführungsplanung wurde durch die UNCC GmbH vielmehr das Büro Hong Architekten als Generalübernehmer beauftragt.

Dem Entwurf von yes-architecture kommt daher für die Frage der Bautenstandsfeststellung keine maßgebliche Bedeutung zu.

Zu Ziffer 2.

Der Insolvenzverwalter hat die Bereitschaft signalisiert, eine sachgerechte Ausschreibung zu ermöglichen, wozu nach hiesigem Verständnis eine Bezugnahme auf derzeit im Besitz des Insolvenzverwalters befindliche Pläne und Unterlagen erforderlich wäre. Details sind noch mit dem Insolvenzverwalter zu verhandeln.

Zu Ziffer 3.

Der Insolvenzverwalter beansprucht für die Ausübung des Heimfalls durch die Stadt Bonn eine Ausgleichsleistung an die Insolvenzmasse (Heimfallvergütung). Die diesbezüglichen Konditionen haben sich im Laufe der Verhandlungen verändert und von einem niedrigeren einstelligen Millionenbetrag deutlich erhöht. Darüber hinaus in Verhandlung ist ggf. eine zusätzliche Ausgleichsleistung an den Insolvenzverwalter im Falle der späteren Weiterveräußerung der (heimgefallenen) Grundstücke durch die Stadt Bonn und ggf. die Freistellung des Insolvenzverwalters von bestimmten Risiken des Heimfalls.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Vorlagen zur Darstellung von Heimfallszenarien (nichtöffentliche DS-Nr. 1012138) sowie zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln (öffentliche DS-Nr. 1012127) verwiesen.

Zu Ziffer 4.

Die Frage wird dahingehend verstanden, ob in der Vereinbarung zur Verlängerung des Interimsbetriebs mit dem Insolvenzverwalter bis zum 31.12.2010 eine Regelung zu dessen Beendigung losgelöst von der Übernahme des Kongresszentrums im Wege des Heimfalls vorgesehen ist.

Der Heimfall ist getrennt von der Frage der Betriebsführung zu betrachten. Mit Dringlichkeitsentscheidung vom 21.06./22.06.2010 (DS-Nr. 1012061) wurde die Verwaltung ermächtigt, den Interimsbetrieb mit dem Insolvenzverwalter bis zum 31.12.2010 zu verlängern, um für die Kunden der World Conference Center Management GmbH Planungssicherheit zu schaffen und den Insolvenzverwalter in die Lage zu versetzen, frühzeitig entsprechende Zusagen für Veranstaltungen in den Monaten August bis Dezember 2010 geben zu können.

Eine entsprechende vertragliche Vereinbarung ist vorbereitet und soll nunmehr kurzfristig mit dem Insolvenzverwalter abgeschlossen werden. Hierbei wird u.a. eine Regelung dahingehend angestrebt, dass der Interimsbetrieb bis zum 31.12.2010, „längstens jedoch bis zum Zeitpunkt des Übergangs des Betriebsteils Kongressbetrieb auf die städtische Erwerbsgesellschaft“ fortgeführt wird.

Hierdurch wird sichergestellt, dass mit Übernahme des Betriebsteils Kongressbetrieb durch die städtische Erwerbsgesellschaft der Interimsbetrieb durch den Insolvenzverwalter vorzeitig endet. Zum Sachstand zur Umsetzung des Betriebsführungsmodells wird auf Mitteilungsvorlage unter DS-Nr. 1012186 in gleicher Sitzung verwiesen.

1.5.4

**Drucksachen-Nr.: 1012271**

**Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 12.07.2010 betr. Marketing Zuschuss**

**Beschluss: (einstimmig)**

Der Rat beauftragt das Rechnungsprüfungsamt zu prüfen, ob die Verwendung des städtischen Marketingzuschusses von bis zu einer Million Euro pro Jahr an die WCCB-Management GmbH so auf der Grundlage von detaillierten Verwendungsnachweisen erfolgte, dass eine wirtschaftliche und ausschließlich auf den Zweck des Zuschusses beschränkte Verwendung der Mittel sichergestellt war.

**Auch die freihändigen Vergaben der Verwaltung sind einzubeziehen.**

In diesem Zusammenhang prüft das RPA auch, soweit dies anhand der Unterlagen möglich ist, in wie weit die WCCB-Management GmbH bei der Vergabe ihrer Aufträge ein wirtschaftliches Ergebnis sichergestellt hat, welcher Anteil der Marketing- Aufträge der GmbH an 'Kreativ-Konzept' vergeben wurde und ob in Bezug auf diese Agentur ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis (etwa durch entsprechende Vertragsgestaltung) darstellbar ist.

Die Ergänzung um den fett markierten Satz erfolgt auf Anregung von Stv. Dr. Gilles –CDU–.

1.6

**Vorlagen der Verwaltung**

- entfällt -

1.7

**Mitteilungen**

1.7.1

**Drucksachen-Nr.: 1012169  
Öffentlicher WCCB-Bericht**

Der Rat nimmt von der in der Einladung abgedruckten Mitteilung Kenntnis.

**Drucksachen-Nr.: 1012242**  
**Punkte der nichtöffentlichen Sitzung**

Der Rat nimmt von der in der Einladung abgedruckten Mitteilung ohne Aussprache Kenntnis.

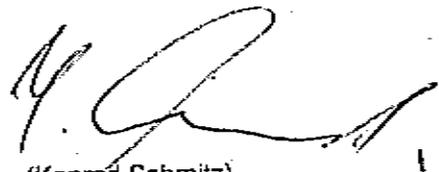
Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch beendet die öffentliche Sitzung mit einem Hinweis darauf, das Stadtdirektor Dr. Volker Kregel letztmalig in dieser Funktion an einer Sitzung des Bonner Stadtrates teilgenommen hat, da er die Stadt Bonn verlässt, um sich an anderer Stelle einer großen Aufgabe zu stellen. Er würdigt hierbei seine Verdienste und hebt die große Sorgfalt, Akribie und Leidenschaft hervor, mit der der Stadtdirektor viele Projekte erarbeitet und federführend gestaltet hat, bedankt sich für die gezeigte Loyalität und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.



(Jürgen Nimptsch)  
Oberbürgermeister



(Helmut Joisten)  
Bürgermeister



(Konrad Schmitz)  
Schriftführer

## Anwesenheitsliste

Anlage 1  
zur Niederschrift des Rates vom  
13.07.2010

RAT:  
OB Nimptsch

## CDU:

Stv. von Alten-Bockum ab 20.00 Uhr  
Stv. Becker \*  
Stv. Breuers \*  
Stv. Cziudaj \*  
Stv. Déus \*  
Stv. Fenninger \*  
Stv. Dr. Giffes \*  
Stv. Härling \*  
Bgm. Joisten \*  
Stv. Kaupert \*  
Stv. Klemmer \*  
Stv. Krämer-Breuer \*  
Stv. Limbach \*  
Stv. Maiwaldt \*  
Stv. Nelles \*  
Stv. Overmans \*  
Stv. Reischl \*  
Stv. Schwolen-Flümann \*  
Stv. Steffens \*  
Stv. Weskamp \*  
Stv. Winter \*

## SPD:

Stv. Buhse ab 20.00 Uhr  
Stv. Esch \*  
Stv. Esser \*  
Stv. Ewald \*  
Stv. Geudtner \*  
Stv. Grenz \*  
Stv. von Grünberg \*  
Stv. Harder \*  
Stv. Hürter \*  
Stv. Klein \*  
Stv. Klingmüller \*  
Stv. Kox \*  
Bgm. Naaß \*  
Stv. Richter \*  
Stv. Schaper \*  
Stv. Schmidt \*  
Stv. Schröder-Diederich \*

## Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Stv. Albert-Trappe ab 20.00 Uhr  
Stv. Dr. Bänsch-Baltruschat \*  
Stv. Beu \*  
Stv. Finger \*  
Stv. Heinzl \*  
Stv. Herrmann \*  
Bgm. Kappel \*  
Stv. Lohmeyer \*  
Stv. Müller \*  
Stv. Paß-Weingartz \*  
Stv. Poppe \*  
Stv. Schmitz \*  
Stv. Trützel \*

## FDP:

Stv. Dörtlemez ab 20.00 Uhr  
Stv. Hümmrich \*  
Stv. Juhr \*  
Stv. Kansy \*  
Stv. Prof. Dr. Löbach \*  
Stv. Maldonado Pyschny \*  
Stv. Obermann \*  
Stv. Thomas \*

## Bürger Bund Bonn:

Stv. Schmitt ab 20.00 Uhr  
Stv. Schottl \*  
Stv. Wimmer \*

## DIE LINKE.

Stv. Faber ab 20.00 Uhr  
Stv. Repschläger \*  
Stv. Tölke \*

## BIG:

Stv. Yildiz ab 20.00 Uhr

## Pro NRW:

Stv. Ernst ab 20.00 Uhr

## Entschuldigt:

Stv. Berg -CDU-  
Stv. Hauser -CDU-  
Stv. Jackel -CDU-  
Stv. Dr. Lautz -CDU-  
Stv. van Schewick -CDU-  
Stv. Thorand -CDU-  
Stv. Dr. Redeker -SPD-  
Stv. Salzburger -SPD-  
Stv. Dr. Jobst -Grüne-  
Stv. Mengelberg -Grüne-  
Stv. Schröder -FDP-  
Stv. Stamp -FDP-  
Stv. Dogan -BIG-

## Verwaltung:

StD Dr. Kregel  
StK Prof. Dr. Sander  
Bg Wahrheit  
Bg Wingefeld  
Bg Wagner  
Bl. Lossau  
CD Braun  
AL Frechen  
AL Schallenberg  
Herr Gollnick  
Frau Kaspari  
Herr Koch  
Frau Lau  
Herr Neuhaus  
Frau Pfeiffer  
Herr Dr. Pütz  
Herr Schmitz  
Herr Worm  
Herr Zilm

Ende der öffentlichen  
Sitzung: 23:35 Uhr

Rede des Oberbürgermeisters in der Sondersitzung des Stadtrats am 13.07.2010

## Unsere Stadt und ihr Konferenzzentrum - eine endliche Geschichte

*„Glaube denen, die die Wahrheit suchen, und zweifle an denen, die sie gefunden haben.“ (André Gide, französischer Schriftsteller und Nobelpreisträger)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Glaube denen, die die Wahrheit suchen, und zweifle an denen, die sie gefunden haben“, das hat der französische Schriftsteller und Nobelpreisträger André Gide einmal gesagt und ich meine, das ist eine gute Grundhaltung, wenn man sich für eine Rückschau bereit macht, eine Rückschau, die notwendig ist, um abschließen zu können, denn nur so kann man auf lange Sicht überhaupt handlungsfähig werden und bleiben. Ich habe vor 8 Monaten gesagt: „Wir müssen das Konferenzzentrum zu Ende bauen und dann müssen wir den Bau sauber ausfegen.“ Wir haben Interesse an der Aufklärung und wir wollen wissen, wer Verantwortung zu übernehmen hat. Heute geht es dabei um eine Zwischenbilanz und es ist gut, dass wir diesen Rückblick durchführen können, nachdem wir in der vergangenen Woche gemeinsam eine sehr wichtige Entscheidung zur Zukunft des Kongresszentrums auf den Weg gebracht haben, denn die Verhandlungen mit dem Insolvenzverwalter und mit der Sparkasse sind in eine entscheidende Phase gelangt und eine Problemlösung wird konkret fassbar.

Was den Blick zurück angeht, werden Sie und die Bürgerinnen und Bürger vielleicht schon seit einiger Zeit erwarten, dass ich mich selbst dazu äußere, wie sich denn aus meiner Sicht alles zugetragen hat. Schließlich habe ich ja den Vorteil, frei von jeder Verantwortung für zurückliegende Entscheidungen zu sein, denn ich habe erstmals im Sommer 2009 Informationen über das Konferenzzentrum erhalten und war bis zu meinem Amtsantritt Ende Oktober 2009 in keiner Weise an Entscheidungen beteiligt. Ich pflege was meine Person angeht überdies größtmögliche Transparenz und weil meine Agentur, die mich im Wahlkampf betreut hat, neben vielen anderen Kunden, die viel namhafter sind als ich, aus Kultur und Wirtschaft, weil diese Agentur auch einige Aufträge der WCCB GmbH übernommen hatte, habe ich ja schon, wie Sie wohl wissen, vor mehreren Monaten die privat getragenen Kosten meines Wahlkampfes auf meiner Homepage veröffentlicht. Das unterscheidet mich, diese Gesamtsituation, von allen anderen Beteiligten, die schon in der letzten Ratsperiode Verantwortung übernommen hatten und wieder neu kandidiert haben. Ich brauche daher wirklich keine Rücksichten zu nehmen, bin frei in meiner Urteilskraft und werde mich daher heute etwas umfassender äußern.

Mancher erwartet nun vielleicht, ich müsste doch auch schon sagen können wer „schuld“ sei, schließlich sollte ich doch jetzt, wo ich mich seit 8 Monaten viele tausend Stunden mit dem Thema beschäftigt habe, ziemlich genau Bescheid wissen über das, was sich zugetragen hat.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich maße mir die Rolle eines Richters nicht an. Wer „Schuld“ hat, das werden eines Tages unsere Gerichte entscheiden. Ich halte mich durchgängig an die unseren Rechtsstaat mitbegründende Unschuldsvermutung. Jeder muss solange als unschuldig gelten, bis er oder sie verurteilt ist. Es ist gut, dass das in unserem Land so ist, und dass wir nicht mehr im Wilden Westen leben. Im öffentlichen Recht ist überdies für die Beschäftigten in Land und Stadt sehr klar geregelt, wie ich mich als Arbeitgeber und Dienstherr zu verhalten habe, verhalten muss, wenn es eine Anschuldigung der Staatsanwaltschaft gegenüber einer Beamtin oder einem Beamten gibt. Es wird nach den Regeln des Landesdisziplinargesetzes ein Disziplinarverfahren durchgeführt. Für die Bewertung des Verhaltens des betroffenen Beamten oder der Beamtin ist vor Abschluss eines solchen Verfahrens kein Raum.

Allerdings gehe ich vernünftigerweise auch schon vor einem Urteil ganz allgemein davon aus, dass niemand fehlerlos ist. Und deswegen darf ich eines auch an dieser Stelle vorausschicken, eine grundsätzliche Haltung, die auch hier gilt: Es gibt immer verschiedene Abstufungen von Verantwortung. Manche tragen wenig Verantwortung, manche viel - aber Null-Verantwortung trägt niemand.

Mir geht es also nicht um Schuld oder Unschuld, sondern um Verantwortung und um Verantwortungsgemeinschaften. Es geht mir darum, nach Stärken und nach Schwächen zu fragen und nach Erklärungen dafür zu suchen, was sich bei den Menschen abgespielt hat, die mit diesem Projekt nah oder auch ganz nah beschäftigt waren. Mich interessiert vor allem, und ich meine, das sollte uns alle in dieser Weise interessieren, wie das Verhalten der Menschen zu erklären ist, die in unserer Stadtverwaltung, im Rat oder bei der Sparkasse KölnBonn mit dem Projekt befasst waren und warum jeweils so entschieden wurde, wie dies der Fall war.

### **Wer kann uns dabei helfen, die Frage nach der Verantwortung zu klären?**

Da ist, schon genannt, die Justiz. Einige Menschen, das ist allgemein bekannt, wurden bislang in die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft einbezogen. Befragungen haben allerdings bisher in keinem Fall stattgefunden und es kann auch noch eine lange Zeit dauern, bis weitere Schritte erfolgen. Wann sich, ob sich und mit wem sich Gerichte überhaupt beschäftigen werden, das steht noch längst nicht fest. Das empfinde ich übrigens als extrem belastend für uns alle und vor allem natürlich für die direkt Betroffenen, und ich würde mir wünschen, dass Vorwürfe nicht so lange ungeklärt im Raume stünden. Ich weiß natürlich, dass Ermittlungen dieser Art mit äußerst umfangreichem Material und mit sehr hoher Komplexität lange dauern; aber umso mehr müssen sich alle Beteiligten davor hüten, in dieser Zeit schon Urteile fällen zu wollen.

Da in allgemeinen Fällen etwa 75 Prozent aller Ermittlungen der Staatsanwaltschaften von ihnen selbst bundesweit sanktionslos wieder eingestellt werden, gibt es ja zunächst auch einmal eine Reihe von statistischen Gründen, Ermittlungen nicht mit Anklagen oder gar Urteilen zu verwechseln. Sie werden das mitbekommen haben, meine Damen und Herren, in der Bundesrepublik mehrten sich daher zur Zeit die Stimmen derjenigen, die Zweifel äußern, ob denn Staatsanwaltschaften nicht vielleicht bisweilen umsichtiger vorgehen müssten, bevor sie öffentlich tätig werden und die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen muss, die jeweils genannten Personen hätten sich einiger Verfehlungen verdächtig gemacht.

Die hier für uns zuständige Staatsanwaltschaft als gesetzlich vorgesehene Instanz zur Aufklärung strafrechtlich relevanten Verhaltens ist nun trotz mehrmonatiger Ermittlungen noch weit von einem abschließenden Ergebnis entfernt. Insoweit stellt sich die Frage, ob dieser Stadtrat - ohne eine rechtliche und wirtschaftliche Notwendigkeit - tatsächlich versuchen sollte, jetzt eine abschließende Erklärung, zum Beispiel zum „Controlling“ oder auch zu anderen Bereichen abzugeben. Ich will auch darauf hinweisen, dass die Frage einer vermeintlich fehlenden Ermächtigung durch den Rat zur Unterzeichnung der Nebenabrede bislang von keinem Jurist, geschweige denn von einem Gericht geklärt wurde. Und auch bei der Bewertung der Frage, wie denn mit dem Landeszuschuss umgegangen wurde, muss man wie Sie wissen, genau hinschauen. Die Staatsanwaltschaft auf der einen Seite und die Bezirksregierung gemeinsam mit der Stadt Bonn auf der anderen Seite, vertreten hier bekanntermaßen unterschiedliche Rechtsauffassungen. Ob hier tatsächlich eine betrügerische Absicht vorliegt oder nicht, ist noch längst nicht geklärt.

Ich meine, in jedem Fall gilt eines: Weil man mit den Ermittlungen nicht so schnell vorankommt, wie es gut wäre, versuchen wir heute, mit allen Unzulänglichkeiten, uns selbst einen Reim auf alles zu machen. Und damit man nicht ins Spekulieren fällt und plötzlich bei Vorverurteilungen ankommt, ist natürlich Vorsicht geboten, wie ich meine, große Vorsicht, denn halbe Wahrheiten, das wissen Sie

alle, sind ganz gefährlich. Sie können gelegentlich auch von einer halben Lüge begleitet werden und es gilt sowieso immer: Eine Halbwahrheit ist nie die Hälfte der ganzen Wahrheit.

Wer also kann uns denn jetzt helfen, jetzt, wo wir noch keine abgeschlossenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, und erst Recht keine Anklagen, geschweige denn ein Gerichtsurteil haben?

Wir haben den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes: eine fleißige Sammlung von Fakten, mit einer akribischen Arbeit. Welche Bedeutung hat dieser Bericht? Darf man sich Bewertungen, die dort vorgenommen werden, anschließen? Ist das, was da geschrieben steht, die Wahrheit? Dazu, meine Damen und Herren, muss man eines wissen: Berichte eines Rechnungsprüfungsamtes dürfen nun wirklich nicht mit Anklageschriften oder Gerichtsurteilen verwechselt werden. Die Prüferinnen und Prüfer arbeiten auch nicht im Auftrag der Staatsanwaltschaft.

Man muss wissen, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Stadtverwaltung, die selbst früher in einem Rechnungsprüfungsamt tätig gewesen waren, selbst auch eine differenzierte Bewertung der Rolle von Prüferinnen und Prüfern vornehmen. Sie schätzen deren Rolle als unabhängige Bewerter und Berater; sie erkennen im Nachhinein aber oft auch eine gewisse Distanz der Prüfer zu den Alltagserfordernissen in einer Verwaltung. Dort sind nämlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gelegentlich auch rasche Entscheidungen und unkomplizierte Lösungswege erforderlich, etwa wenn eine Schule selbst entscheiden soll, bei welchen Händlern sie das Geld aus dem Konjunkturpaket II für neue Computer ausgeben möchte. Und da laufen die Ansichten der Verwaltung und des Rechnungsprüfungsamtes auch schon einmal schnell auseinander.

Und es kommt noch eines hinzu. Die Prüfer legen selbst Wert auf die Feststellung, dass sie keine Juristen sind, und ihnen waren nicht alle Fakten bekannt. Das kann ich beurteilen, da ich als einziger Einblick in die Strafakte habe und dieses Wissen aber nicht verwenden darf. Somit kann also die Bewertung der Prüferinnen und Prüfer hier wirklich nur vorläufig sein. Und das wissen Sie auch, das ist eine ganz allgemeine Erkenntnis, es kommt hinzu, dass jede Prüferin und jeder Prüfer sich mit der allgemeinen Erkenntnis auseinandersetzen muss, dass im Nachhinein alle Fakten in der Zusammenschau ein anderes und auch vollständigeres Bild ergeben, als dies im Verlauf des zu bewertenden Vorgangs der Fall war. Und ich bin fest davon überzeugt: Mancher Entscheider oder Projektverantwortliche aus dem Projekt selbst würde heute sagen: „Wenn ich das damals gewusst hätte, ...“. Also kurzum meine Damen und Herren, uns liegt gewiss ein guter Bericht vor; er bildet gute Grundlage für die Analyse, aber mehr eben auch nicht. Das müssen auch die Bürgerinnen und Bürger wissen, die sich mit diesem Bericht beschäftigen. Es wird eine fundierte Beurteilung erst nach den abgeschlossenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft möglich sein. Sie hat nämlich ganz andere Erkenntnismöglichkeiten. Sie beleuchtet die Vorgänge nicht nur einseitig aus unserer Sphäre der Stadt, sondern sie kann auch aufgrund des ihr zur Verfügung stehenden Materials, das viel umfassender ist, und mit der Möglichkeit Befragungen und Vernehmungen durchzuführen, den gesamten Sachverhalt, auch mit Blick auf Unterlagen der Sparkasse und der beteiligten Firmen, viel genauer beurteilen.

Und deswegen, meine Damen und Herren, sind Formulierungen, wie ich sie von einzelnen Ratsmitgliedern höre und wie sie auch in einem Antrag verwendet werden, nicht akzeptabel. Da ist zum Beispiel die Aussage, *„die Stadtverwaltung sei von Anfang an stets zeitnah über das fehlende Eigenkapital des Investors und spätestens ab Ende 2007 ebenfalls zeitnah über die Baukostensteigerung beim WCCB informiert“* gewesen, diese Formulierung ist so nicht in Ordnung. Wenn *„die Stadtverwaltung“* bzw. *„die Amtsleiter“* oder *„die Teilnehmer der Projektgruppe“* über das fehlende Eigenkapital von SMI Hyundai informiert gewesen wären und trotzdem weiter sehenden Auges entsprechend agiert hätten, dann wäre ihnen das nämlich, soweit sie an diesen Entscheidungen mitgewirkt hätten, von der Staatsanwaltschaft ganz bestimmt als Beihilfe zur Untreue zur Last gelegt worden, denn dieser Punkt hat bei der Staatsanwaltschaft eine ganz besondere Bedeutung. Dies ist aber trotz mehrmonatiger Entwicklungen überhaupt nicht der Fall. Äußerungen wie *„die Verwaltung“* sind auch deswegen

problematisch, weil sie die Nähe zu strafbarem Verhalten herbeiführen, ohne dass die zuständige - bekanntlich äußerst intensiv ermittelnde - Staatsanwaltschaft das selbst tut. Fakt ist, dass in diesem Antrag behauptet wird, die Verwaltung habe vom fehlenden Eigenkapital des Investors gewusst und es liege somit eine Verletzung der Informationspflicht gegenüber dem Rat vor. Dieser Vorwurf führt in der Pauschalität zu der Annahme, dass „der Verwaltung“ unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung der ermittelnden Staatsanwaltschaft, Untreue vorgeworfen wird, bzw. „die Verwaltung“ in die Nähe dieses Vorwurfs gerückt wird. Fakt ist aber auch, meine Damen und Herren, dass sich diese Aussage überhaupt nicht aus dem aus dem RPA-Bericht herleiten lässt. Sie entbehrt wirklich jeder Grundlage und stellt eine eigene neue Einschätzung der Rechtslage dar. Der Umstand, dass sich der Antrag in diesem Antrag keines falls auf den RPA-Bericht stützen kann, bringt diejenigen, die dies verwenden, auch in eine schwierige Situation. Ich will dies nicht beschreiben, aber Sie kennen mich immer als einen Freund der offenen Worte. Es ist der Anfangsverdacht einer üblen Nachrede, der da im Raum steht, der bislang nicht beschuldigten Verwaltungsangehörigen, also der ganz großen Mehrheit vor Augen gehalten wird und das ist, das glaube ich fest, nicht im Interesse der Antragsteller. Und deswegen wären Sie gut beraten, das auch schnell klarzustellen.

Meine Damen und Herren, es ist nun gelegentlich behauptet worden, der Bericht sei „in geheimnis-krämerischer Absicht“ von mir zurückgehalten worden. Das ist deswegen eine sehr merkwürdige Unterstellung, weil ich mich durchgängig ganz streng an die Rechnungsprüfungsordnung gehalten, habe die dieser Rat beschlossen hat. Danach geht ein Prüfungsbericht, bevor er den Stadtrat oder seine Fachausschüsse erreicht, an die in ihm erwähnten Ämter und städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern. Und erst mit den Kommentierungen aller Beteiligten ist der Prüfbericht dann eine vollständige Unterlage für die politischen Beratungen. In dem konkreten Fall "Prüfbericht WCCB" bin ich sogar von diesem Verfahren abgewichen und habe ermöglicht, dass, wegen des überragenden politischen Interesses, die unkommentierte Unterlage mit dem Hinweis auf strikte Vertraulichkeit den Ratsmitgliedern als Vertretern der Bürgerschaft persönlich wir haben zukommen lassen. Der Bericht wurde eben nicht weggeschlossen, sondern zugänglich gemacht, sogar bevor die Stellungnahmen vorlagen.

Wie Sie verfolgen konnten, meine Damen und Herren, ist dieser Bericht anschließend in die Öffentlichkeit gelangt und führt zu entsprechender Medienbegleitung. Und ich bitte Sie einmal, sich einen Moment in die Rolle eines Menschen zu versetzen und sich vorzustellen, ein Dossier mit belastendem strafrechtlichem Inhalt wird über Sie öffentlich, Sie persönlich, ohne dass Sie darauf Einfluss nehmen können. Medien berichten und Ihnen sind die Hände gebunden. Ihrem Ruf haftet plötzlich ein „Geschmäckle“ an und Ihre Unschuld verwandelt sich ohne Ihr Zutun in Schuld, je nachdem wie Medien und Öffentlichkeit das Dossier auslegen. Es ist doch unbestreitbar, dass dadurch massiv Persönlichkeitsrechte verletzt werden können. Und dazu kommt dann auch noch oft, dass eine Kommentierung dieses Vorgangs durch Sie in der Öffentlichkeit sich verbietet, weil dadurch Ihre Rechtsposition in einem möglicherweise später anhängigen Rechtsverfahren entscheidend geschwächt werden könnte. Ich meine, das ist doch für alle Bürgerinnen und Bürger im Grundsatz eigentlich ein beunruhigender Gedanke.

Wir haben nun, wir, die Stadt Bonn, um möglichst große Transparenz herzustellen, wirklich weitreichende Überlegungen angestellt, wie der Bericht unseres Rechnungsprüfungsamtes in eine für die Öffentlichkeit lesbar-informative und taugliche Version gegossen werden kann, ohne die Rechte Betroffener zu tangieren. Sie wissen, dass der dazu eingeholte juristische Rat über den man sich ja nicht einfach mal so hinwegsetzt, zu dem eindeutigen Ergebnis gekommen ist, dass bei der Umsetzung nicht nur verschiedenste Rechtsgebiete berührt werden, und dass auch ein finanziell nicht unerheblicher Aufwand betrieben werden muss, um eine öffentliche Berichtsfassung zu erstellen. Wir haben eine entsprechende Ausschreibung auf den Weg gebracht. Es wäre schön gewesen, das sage ich frank und frei, wir hätten größere Teile dieses Berichtes schon früher öffentlich machen können, so wie mir dies selbst vorschwebte. Aber ich habe einsehen müssen, dass ein Oberbürgermeister, so

viel ihm auch an Transparenz liegen mag, Recht und Gesetz zu befolgen und vor allem, wirtschaftlichen Schaden von der Stadt Bonn abzuwenden hat.

Ich darf, erstens, in meinem Amt aus Fürsorgegründen nicht zulassen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschädigt werden. Wir wissen alle, dass dies durch die Dauerpräsenz ihrer Namen und deren permanente Wiederholung in Berichten, Leserbriefen bereits irreparabel geschehen ist. Ich darf, zweitens, in meinem Amt nicht zulassen, dass Dritte, also außenstehende Personen und Firmen, beschuldigt werden, da dies Unterlassungs- und Schadensersatzsprüche gegen die Stadt Bonn nach sich ziehen könnte. Und ich darf, drittens, in meinem Amt nicht zulassen, dass die rechtliche Position der Stadt Bonn in Rechtsstreitigkeiten sich verschlechtern könnte; denn die Bürgerinnen und Bürger werden am Ende des Tages zu Recht sagen: Hat die Stadt Bonn, hat der Oberbürgermeister es geschafft, den eingetretenen Schaden zu vermindern oder haben wir ihn am Ende durch unbedachtes Handeln und Sprechen auch noch vergrößert? Und deswegen kann es nur unsere Rechtsauffassung sein, dass nicht jeder öffentlich sagen kann, wonach ihm gerade so ist und deswegen gibt es derzeit auch keinen von uns verantworteten größeren öffentlichen Bericht des Rechnungsprüfungsamtes. Damit müssen wir leben und der Versuch, sollte er unternommen werden, daraus politisches Kapital zu schlagen, der hilft nicht bei einer wirklich wahrhaftigen, verantwortungsbewussten und gemeinsamen Aufklärung. Weil nämlich tendenziöse Äußerungen in der Politik uns nicht helfen einen schwierige Sachverhalt aufzuklären; dies behindert dies eher. Weil das so ist, meine Damen und Herren, weil genau diese Problematik besteht, kann ich als Oberbürgermeister auch nicht hinnehmen, dass der Bonner General Anzeiger nunmehr den kompletten Bericht veröffentlicht hat. Es ist jetzt das eingetreten, was nicht eintreten durfte. Unsere rechtliche Position hat sich verschlechtert. Ich habe nach der Beauftragung durch den Rat in der vergangenen Woche die Endverhandlungen mit dem Insolvenzverwalter geführt und ich weiß, ich weiß genau, was vereinbart ist und was es kostet. Ich muss, ich muss und ich werde daher jeden Schaden, der durch diese Veröffentlichung für die Stadt Bonn ab heute entsteht, geltend machen. Denn ich bin meiner Stadt nicht untreu.

Bevor ich also nun mit meiner Einschätzung zur Vergangenheit beginne, die Einschätzung, die ich in den letzten 8 Monaten gewinnen konnte, müssen Sie noch eines wissen, dass ich zuvor 30 Jahre lang in meine Beruf als Lehrer und Schulleiter den Auftrag hatte, vielen tausend Menschen zu eigener Urteilskraft zu verhelfen und sie zur Kritikfähigkeit zu erziehen. Dazu gehörte auch, diesen jungen Menschen beizubringen, wie man mit Sprache umgeht und wie man erkennen kann, ob und wie mit Sprache manipuliert wird. Ich höre damit auch jetzt nicht auf, nur weil ich Oberbürgermeister bin und so erklärt sich auch, dass ich einzelnen Medienvertretern, die nicht informieren, sondern manipulieren oder die durch ihre Wortwahl tendenziös aber nicht objektiv berichten, offen und kritisch gegenüber trete. Dies hat wirklich gar nichts aber auch gar nichts mit Medienschelte zu tun, sondern mit meinem Eintreten für eine Aufklärung ohne Manipulation. In dieser Stadt wird von der Universität Bonn in diesem Jahr wieder der Immanuel-Kant-Preis verliehen. Diesen Satz, meine ich, müssten wir doch alle im Herzen tragen: Sapere aude - der Grundsatz der Aufklärung und die Grundlage unserer heutigen demokratischen Haltung: Habe den Mut dich des eigenen Verstandes zu bedienen. Tendenziöse Artikel helfen uns nicht bei der Aufklärung eines schwierigen Sachverhalts, sie behindern sie und der sogenannte Verdachtsjournalismus nimmt der Unschuldsvermutung, die unseren Rechtsstaat prägt, mehr und mehr den Raum und ebnet der Schuldvermutung den Weg. Ich sage das ausdrücklich und auch ganz klar: Diese Aussage bezieht sich nicht pauschal auf die in Bonn erscheinenden zahlreichen Medien, sondern auf einzelne bestimmte Veröffentlichungen; dazu aber konkret erst später.

Ich will meine Bemerkungen in 5 Abschnitte gliedern und dabei chronologisch vorgehen. Und natürlich sind meine Ausführungen, das ist glaube ich klar geworden, nur erste Einschätzungen und ganz bestimmt nicht umfassend.

## 1. Das Konferenzzentrum ist ein gemeinsames Projekt der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesstadt Bonn

Wenn man die Entscheidungen, die die Verantwortlichen in den letzten Jahren getroffen haben, richtig verstehen will, dann muss man zurückgehen bis zum Bonn-Berlin-Beschluss, dem Beschluss der unsere Stadt in den 90er Jahren nachhaltig verändert hat. Damit in Bonn, Sie kennen diese Floskel, „nicht die Lichter ausgehen“ kam man in Bund und Land überein, Bonn solle ein neues Profil entwickeln, unter anderem auch als „Internationale Stadt“. Man schloss dann unter den Beteiligten einen Vertrag zum Bau eines Kongresszentrums für die Vereinten Nationen und im Vertrauen auf diesen Vertrag haben sich dann UN-Sekretariate hier angesiedelt und ihnen folgten mehr als 150 Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs). Ihnen wurde ein Kongresszentrum versprochen, und sie fordern es inzwischen auch inzwischen deutlich ein, und es ist höchste Zeit, dass wir in den kommenden Wochen uns die Möglichkeit geschaffen haben, das Konferenzzentrum nun bald nach Hause zu holen und zu vollenden. Wir wissen nämlich eins: Ohne dieses Kongresszentrum würde es auf mittlere Sicht keine Vereinten Nationen mehr in Bonn geben, keine NGOs, keine Entwicklungsagentur, deren Sitz wir gerade mit vereinten Kräften nach Bonn geholt haben. Mit diesem schrittweisen Verlust dieser Einrichtungen würde unsere Stadt aber am Ende zehntausende von Arbeitsplätzen verlieren und auch die wichtige Rolle in unserem Land.

Und das was ich jetzt sage, was ich gesagt habe, meine Damen und Herren, dieser Druck, die Entwicklung des Standortes Bonn zu gefährden, wenn das Kongresszentrum nicht fertig gestellt wird, dieser Druck, der hat nach meinen Beobachtungen von Anfang an auf allen Verantwortlichen gelegen. Es ging zum Beispiel um die Tatsache, dass bei der Nichtfertigstellung Landeszuschüsse in Höhe von 25 Mio. hätten zurückgezahlt werden müssen. Und es ging vor allem immer und vor allem um die Rolle Bonns, um das Ansehen der Bundesstadt in einem fortwährenden Kampf, den immer wieder ins Spiel gebrachten Umzug aller Ministerien nach Berlin zu verhindern. Es ging auch immer darum, ob die Bundesstadt Bonn sich weiter um wichtige große Projekte bewerben und dabei erfolgreich sein kann. Es ging also immer irgendwie ums Ganze. Und gerade wegen der immer wieder neu aufgeworfenen Bonn-Berlin-Frage durfte und darf das Kongresszentrum nicht scheitern.

Wenn man unter diesem Druck steht, dann macht man Fehler. Es ist niemand fehlerlos. Ein großer Fehler, möglicherweise der größte Fehler bei diesem ganzen Projekt überhaupt, ereignete sich nach meiner Einschätzung am Tag der Grundstücksübertragung. Zuvor hatten am 27. Februar 2002, in Anwesenheit des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan, der Bund, das Land und die Stadt Bonn die „Vereinbarung über die Ansiedlung internationaler Einrichtungen in Bonn“ geschlossen. Die Stadt erhielt vom Bund den Plenarsaal, das Wasserwerk und den „Vizepräsidentenanbau“ zur Nutzung und übernahm die Trägerschaft für das Projekt. Wer war jetzt, habe ich mich gefragt, dafür verantwortlich, dass dieses Grundstück 4 Jahre später einem privaten Investor übertragen wurde? Ich würde diese Frage gerne gemeinsam mit Ihnen beantworten. Ich glaube, es waren viele. Es war falsch, es war richtig falsch, das historische Grundstück gegenüber den ehemaligen Parlamentsgebäuden, dort wo deutsche Geschichte geschrieben wurde, am 03. Mai 2006 einem privaten Investor zu übertragen. Dabei geht es mir überhaupt nicht in erster Linie um den materiellen Wert von 43,5 Mio. Euro, der für diese Grundstücke angesetzt wurde, sondern, es geht mir um den historischen und um den ideellen Wert dieser Fläche. Es war im Übrigen aus meiner Sicht auch falsch, den Kongressbetrieb in historisch bedeutsamen Parlamentsgebäuden der privaten Firma WCCB GmbH zu überlassen. Zwei ehemalige Parlamentsgebäude dieser Bedeutung gehören nicht in der damals gewählten Weise in die Hand von Privatleuten; ich kenne kein Land in dieser Welt, in dem das so gemacht wurde, als man die Hauptstadt verlegte. Das war nicht so in Moskau, als St. Petersburg bis 1918 zwei Jahrhunderte Hauptstadt wurde; das war nicht so in Karatschi als man nach Islamabad umzog, das war nicht so in Rio de Janeiro als Brasília Hauptstadt wurde und das war auch nicht so in Kyoto, als man nach Tokio umzog. Und ich sage Ihnen: Wäre es unser Grundstück geblieben, wir hätten all diese Probleme nicht.

Und auch die Haltung, die Entwicklung eines Kongresszentrums und die Entwicklung von Kongressformaten zu politischen Themen der Vereinten Nationen unter überwiegend marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten steuern zu lassen, muss man kritisch beleuchten. Dieser Fehler darf, wenn man denn lernt, wenn uns der Heimfall des Grundstücks an die Bundesstadt Bonn gelungen ist, wie ich meine kein zweites Mal gemacht werden. Was in den Kongressräumen geschieht, welche Konferenzformate dort entwickelt, welche Themen diskutiert und welche hoffentlich bedeutsamen Beschlüsse vorbereitet werden sollen: Das muss doch, das muss doch unter Beteiligung der Interessensvertreter unserer Bürgerinnen und Bürger entschieden werden und das darf nicht primär wirtschaftlichen Erwägungen folgen. Ein Beispiel: Als ich meinen Dienst hier antrat, habe ich festgestellt, was eigentlich in der Beethovenhalle passiert. Sie wissen, dass unsere Beethovenhalle auch von der WCCB GmbH mit verwaltet wird. Als ich erfuhr, dass unser kulturelles Flaggschiff, das Beethoven-Orchester, seit Jahren in Konkurrenz zu Ü-30 Parties um Probenzeiten in der Beethovenhalle kämpfen musste und dabei oft genug verlor, weil eine Ü-30-Party mehr Einnahmen einbringt als eine Probe des Orchesters, da habe ich die Reißleine gezogen und dem Orchester ein Vorbuchungsrecht eingeräumt. Und Gott sei Dank hat mir auch niemand widersprochen. Ich halte die Vorstellung nämlich für wenig attraktiv, meine Damen und Herren, wir würden uns eines Tages mit einem privaten Betreiber des Kongresszentrums darum streiten müssen, ob dort ein Klimagipfel der UN, eine Produktpräsentation oder eine Spielmesse stattfindet.

Wie auch immer, man hatte sich damals dafür entschieden, das so zu tun, das Projekt in ziemlicher Ausschließlichkeit an einen bestimmten privaten Investor zu geben. Diese Einmütigkeit war im Rat gegeben und auch in der öffentlichen Bewertung bei den Medien. Der Präsident der SMI Hyundai erklärte damals, dass seine Firma von den 140 Mio. €, die dieses Projekt ursprünglich kosten sollte, selbst 40 Mio. € investieren würde. Und er verpflichtete sich per Vertrag, für die Zeit von 30 Jahren die „Bewirtschaftungs- und Serviceleistungen“ für das Kongresszentrum zu übernehmen, „ohne dass hierfür die Stadt einen dauerhaften Zuschuss zahlen muss“. Aus heutiger Sicht wäre ein bisschen mehr Misstrauen auf allen Seiten vielleicht nicht schlecht gewesen, weil sich Konferenzzentren ja nirgendwo rechnen, sondern sie rechnen sich für die Städte immer nur über die Umwegrendite. Aber, ich meine, man kann, wenn man sich in Erinnerung ruft, wie sich das damals alles abgespielt hat, man kann dennoch gut dazu stehen, dass der Rat am 14. Dezember 2005 so gehandelt hat. Und ich will auch sagen, meine Damen und Herren: Ich kann überhaupt nicht ausschließen, dass ich in der damaligen allgemeinen Stimmungslage nicht auch dafür gestimmt hätte; es ist sogar ziemlich wahrscheinlich, dass ich auch dafür gestimmt hätte. Auch für mich gilt nämlich, dass man hinterher immer schlauer ist als vorher.

In dem Prozess nahmen dann zwei Berater eine wichtige Rolle ein, die zuvor in einem Ausschreibungsverfahren vom Bund in einem Interessenbekundungsverfahren für das Internationale Konferenzzentrum Bonn ausgewählt worden waren. Diese Beratungstätigkeit für den Bund zog sich bis zur Aufhebung der Ausschreibung hin, und danach war die Stadt ja in der alleinigen Verantwortung, das Projekt auf den Weg zu bringen. Es war, das finde eigentlich nur nachvollziehbar, logisch, dass die Stadt Bonn auch den Berater in diese Planungen einbezog, der vorher den Bund bei der Übertragung der Grundstücke beraten hatte und das notwendige Fachwissen mitbrachte. Wieso hätte man annehmen sollen, dass dieser Berater ein paar Jahre später in Haft genommen werden könnte? Dieser Berater legte damals der städtischen Projektleitung für das Kongresszentrum eine „Einschätzung der Wirtschaftlichkeitsberechnung“ vor, in der er der Stadt die Firma SMI Hyundai als Investor empfahl. Ich kenne auch eine Auskunft, Sie auch, einer bekannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, in der dieser Firma sogar die notwendige Solvenz bescheinigt wurde, und ich kann mich an die Euphorie auch in den Bonner Medien und im Bonner Stadtrat und weit darüber hinaus erinnern, und ich kann mich daran erinnern, dass ich das auch Klasse fand, hier jetzt einen richtigen und wichtigen Schritt für die Errichtung des Konferenzzentrums machen zu können.

Tatsächlich war es dann so, dass der Investor das zugesagte Eigenkapital nur schleppend eingebracht hat. Aber die Schwierigkeit ergab sich aus folgendem Umstand: Es kamen immer mal wieder einige Millionen, auch wenn, was anschließend besondere Probleme nach sich zog, der Investor weitere Geldverleiher oder Investoren hinzugezogen hatte. Es kam Geld. Es kam Geld. Es kam zu wenig Geld, um fristgerecht die Verpflichtung einzulösen, aber es kam zu viel, um tatsächlich und endgültig daran zu zweifeln, dass es nicht doch noch so kommen könnte. (Zwischenrufe) Sie haben mich bisher schon um eine differenzierte Einschätzung bemüht gesehen und ich komme auch dazu. Es waren schließlich 28 Millionen und keine 40, aber immer wieder kamen Ansagen, auch die letzten Millionen würden schon noch kommen. Und das zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Projekt. Es ging immer noch irgendwie so gerade gut und wenn denn im August 2009 am Ende die schon auf dem Konto der Sparkasse KölnBonn eingetroffenen 30 Mio. Euro tatsächlich frei gegeben worden wären, auch dann hätten wir heute eine andere Situation. Es war also, und nur darum geht es das deutlich zu machen, es war zu keinem Zeitpunkt wirklich einfach für diejenigen, denen es um das Wohl der Stadt ging, und davon gehe ich fest aus, bei allen in der Stadtverwaltung und bei allen im Stadtrat. Es ging immer um das Ringen, was der richtige Weg ist. Ich sehe durchaus Ansatzpunkte dafür, dass die Sichtweise der Beteiligten unter Umständen aus damaliger Sicht verständlich war, da sie selbst getäuscht wurden. Alle städtischen Bediensteten sind von Beginn an von Externen getäuscht worden und niemand von ihnen wird im Übrigen ja auch zur Last gelegt, er oder sie habe sich bereichern wollen.

Am 13. März 2006 unterzeichneten die Beteiligten den Projektvertrag. Mit der weiteren Planung und dem Baumanagement wurde eine Berliner Architektenfirma beauftragt. Ihr Besitzer, gründete die Firma „SMI-Hyundai Europe“, die das Projekt als Generalübernehmer bauen sollte. Im Februar 2006 wurde das Baugrundstück gerodet. Im November 2006 fand der erste Spatenstich statt. Die Grundsteinlegung erfolgte im Mai 2007 und im September 2008 konnte das Richtfest gefeiert werden. Ende 2009 sollte - so die damalige Planung - das Konferenzzentrum eröffnet werden. Und dass das Projekt dann nicht so verlief wie geplant, das wissen Sie, und mit der Frage aller Fragen will ich mich im nächsten Schritt beschäftigen.

## 2. Wer hat was wann gewusst?

Es gab, wie beschrieben, Probleme mit der Finanzierung und die Frage, die heute viele beschäftigt ist die: Wer hat wann von welchen Problemen gewusst und wer hat welche Konsequenzen aus der Analyse dieser Probleme gezogen?

Fakt ist, dass die UNCC GmbH von SMI Hyundai gegründet wurde. Sie war Eigentümerin des WCCB und sollte das Projekt als Bauherr realisieren. Als SMI Hyundai schon kurz nach Beginn des Baues Ende 2007 nicht in der Lage war, 10 Mio. € Eigenanteil bereitzustellen, wandte sich ihr damaliger „Präsident“ zur Beschaffung der finanziellen Mittel an andere Firmen. Dabei verpfändete er 94 Prozent der Anteile der UNCC GmbH und nach einer nicht fristgerechten Rückzahlung des Kredites an diese Firma wurde diese mit Anteilen in das Grundbuch eingetragen.

Aus heutiger Sicht hätte man, als die Stadt davon erfuhr, 2008 die Reißleine für das Projekt ziehen können. Aber ich frage mich auch: Wäre der Schaden heute nicht noch größer – wenn das Projekt mitten im Rohbau stillgelegt worden wäre? Um abwägen zu können, ob dieses Fehlverhalten von der UNCC zu einer vorzeitigen Kündigung des Kredit- oder des Projektvertrages führen könnte, war damals natürlich eine juristische Beratung und Entscheidung erforderlich. Man hat das gemacht, was man immer in solchen Situationen macht – man fragt externe Fachleute, holt Gutachten ein und folgte dann, nach Abwägung, deren Rat. Und dieser Rat war: nicht kündigen und weitermachen.

Nach dem Bekanntwerden der Baukostensteigerung und der Finanzierungsprobleme mit privaten Investoren stellte die Sparkasse KölnBonn zu den ursprünglichen 74 Mio. € im Sommer 2009 einen weiteren Kredit in Höhe von 30 Mio. € zur Verfügung, so dass sie mit 104 Mio. € an dem Projekt beteiligt ist. Zur Absicherung dieses Kredites erweiterte die Stadt Bonn ihre Nebenabrede.

Der danach von den Juristen der Sparkasse vorgelegte Textentwurf ist in mehreren Verwaltungsrunden unter Einbeziehung der städtischen und externen Juristen beraten und geprüft worden. Heute ist man da schlauer. Es besteht Grund zur Annahme, dass dieses Verfahren genau überprüft werden muss. Es besteht Grund zur Annahme, dass die Nebenabreden in Frage gestellt werden dürfen, was, wenn es zutrifft, von erheblicher Bedeutung für die gesamte Bewertung, auch für die strafrechtliche Bewertung des Vorgangs sein würde, und natürlich für die Schuldenlast, die unsere Stadt zu tragen hat. Wir möchten dazu ein umfassendes Gutachten in Auftrag geben, denn nur auf dieser Grundlage können wir zügig zu einer Einigung mit der Sparkasse kommen, an der beide Seiten interessiert sind.

Die Schwierigkeiten im Projektverlauf sind mehrfach im extra zur Projektbegleitung eingerichteten „Unterausschuss Zukunft“ dargestellt worden. In diesen Sitzungen informierte die Stadtverwaltung, und dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen, die Ausschussmitglieder über Baukostensteigerungen und auch über Finanzierungsprobleme. Es ist davon die Rede, der Stadtrat sei nicht umfassend genug informiert worden. Meine Damen und Herren, da fällt mir, weil ich ja nun wirklich nicht dabei gewesen bin, die Beurteilung schwer. Es wird wahrscheinlich bis zum Schluss dabei bleiben, dass es keine Einigkeit bei der Einschätzung geben wird, wie umfassend die Spitzen der Fraktionen in dieser Zeit in insgesamt 20 Fraktionsvorsitzendenrunden über den jeweiligen Projektstand informiert worden sind. Dies kann ich nicht auflösen. Es gab aber, und das kann ich den Protokollen entnehmen, immer einen eindeutigen Willen, das Kongresszentrum zu Ende zu bauen und zu dieser Haltung hat es auch keine Alternative gegeben. Es gibt nun das ein oder andere, was mir auf der Grundlage dieser Einschätzungen, aktuell Sorgen bereitet. Die noch nicht verarbeiteten Erfahrungen mit dem Bau des Kongresszentrums, die noch nicht aufgeklärten Dinge, die auch ich nicht auflösen kann, da werden Sie besser Bescheid wissen, haben aktuell Auswirkungen auf das Verhältnis von Rat und Verwaltung. Es ist Misstrauen im Spiel. Mitglieder des Rates scheinen mir nun eher bereit zu sein, sich von der Verwaltung abzugrenzen, obwohl doch die Gemeindeordnung, das wissen Sie, eigentlich so vorsieht, dass man gemeinsame Anstrengungen unternimmt und der Oberbürgermeister durch das Gesetz zum Mitglied des Rates gemacht worden ist. Da wo eigentlich viel Gemeinsamkeit vorhanden sein müsste, spüre ich aber zu viel Abgrenzung. Aber ich bleibe selbstverständlich dabei meine Damen und Herren, dass ich als Oberbürgermeister alles, wirklich alles dafür tun werde, dass wir die größtmögliche Gemeinsamkeit herstellen. Jetzt erst recht.

### **3. Welchen Stand der Aufarbeitung haben wir erreicht?**

Bei der Aufarbeitung dieser Geschichte, meine Damen und Herren, bei der Aufarbeitung dieser Geschichte kommt es natürlich vor allem darauf an, wie die damit umgehen, die selbst erkennbar Verantwortung übernommen hatten. Man kann es den Personen, deren Handeln von der Staatsanwaltschaft hinterfragt wird, nicht verübeln, dass sie auf Rat ihrer Anwälte wenig oder nichts sagen.

Was machen die anderen? Was machen die Mitglieder des Stadtrates, die Beschlüsse gefasst haben? Wie verhalten sich die Mitglieder der Stadtrates, die zum Kreditausschuss der Sparkasse gehört haben? Ich finde, meine Damen und Herren, und das sage ich ganz besonders auch in Richtung unserer Bürgerinnen und Bürger, ich finde, dass diese 48 Mitglieder, die dem alten und dem neuen Stadtrat angehören, das eigentlich ganz ordentlich machen. So wie sich das gehört, wenn man ein Problem, an dessen Entstehung man irgendwie beteiligt war, aufarbeitet. Kritisch nach allen Seiten, und natürlich auch selbstkritisch. Nach meiner Wahrnehmung haben nur ganz wenige Personen den Aspekt der Selbstkritik für sich noch nicht in der notwendigen Weise in den Blick genommen. Einige

wenige zeigen lieber auf andere als auf sich selbst. Ich habe Fragen und Fragen müssen erlaubt sein. Heute will ich nur eine stellen. Wie war das eigentlich? Als der Bund der Stadt 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt hat, um den Plenarsaal und das Wasserwerk im Konferenzzentrum zu unterhalten, da sollen Stadtratsmitglieder, die heute ganz besonders intensiv eine öffentliche Schuld-Debatte fordern, dazu geraten haben, dieses Geld in einem besonders ökologisch ausgerichteten Fonds anzulegen, der besondere Rendite abwerfen würde. Haben Sie einmal geprüft, meine Damen und Herren, haben Sie einmal geprüft was passiert wäre, wenn man das gemacht hätte? Ich habe mir zeigen lassen, dass die Stadt Bonn, wenn sie in die vorgeschlagenen Fonds investiert hätte, mindestens 10 Mio. Euro verspekuliert hätte. Selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre, allein die Absicht so zu handeln, hätte den Staatsanwalt auf den Plan gerufen und den Untreueverdacht begründet. Denn es kommt überhaupt nicht für die Erfüllung des objektiven Talbestands darauf an, dass man sich oder einen Dritten in irgendeiner Weise selbst „bösaartig“ bereichert, sondern es kommt „nur“ darauf an, dass man den Vermögensinhaber – hier die Stadt Bonn – objektiv schädigen könnte. Auch den städtischen Beschuldigten im vorliegenden Verfahren wird nichts anderes seitens der Staatsanwaltschaft zur Last gelegt. Ich sage das also überhaupt nicht vorwurfsvoll, aber erinnernd an die damaligen Initiatoren diese Idee, das Geld in solche Fonds anzulegen. Es kann ganz schnell gehen, meine Damen und Herren, es kann ganz schnell gehen, dass man, ohne böse Absicht, in den Verdacht gerät, untreu gehandelt zu haben.

#### 4. Welche Rolle spielen die Medien?

Fragen zu stellen, das ist ja auch eine Aufgabe der Medien. Neben vielen anderen Medien, hat sich der Bonner-General-Anzeiger Verdienste, unbestreitbare Verdienste, bei der Aufklärung erworben. Aber niemand ist fehlerlos und letztlich traut man auch nur dem so ganz, der zugibt, dass er auch schon mal Fehler macht. Deswegen schadet sich eine Zeitung selbst, wenn sie Fehler nicht zugibt. Sie beschädigt sich und sie beschädigt vor allem ihre wichtige Rolle bei der Aufklärung. Da, wie gesagt, niemand fehlerlos ist, deswegen darf auch man die Art und Weise, wie in dieser Zeitung geschrieben wird, durchaus hinterfragen. Das ist zulässig. Genauso zulässig wie im Übrigen die Frage, ob die Friedenspolitik des Präsidenten der USA so in Ordnung ist, auch wenn er einen Friedensnobelpreis erhalten hat. Die Auszeichnung mit einem Preis schützt niemanden davor, selbst nicht mehr kritisch begleitet zu werden, und das gilt natürlich auch für eine Zeitung, die einen Preis erhalten hat.

Ich will anhand einiger Beispiele zeigen, dass ehrliches Bemühen um Aufklärung, zu Recht in Frage gestellt werden muss. (Zwischenfrage Paß-Weingartz: *Herr Oberbürgermeister, ich möchte Sie fragen, ob das was Sie uns hier vorführen wollen, noch zur Problemfindung beiträgt?*). Das werden Sie ganz leicht erkennen, wenn Sie diesen Beispielen folgen, es wird Sie nämlich selbst betreffen. Ich mache das in Sorge. (Zwischenfrage Dr.Gilles: *Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ihre sehr langen Ausführungen sind mit interessanten Aussagen gespickt, die mich zum Teil, um das deutlich zu sagen, sehr überraschen. Darf ich davon ausgehen, dass der Rat Ihre Ausführungen in schriftlicher Form wortgetreu bekommt?*) Nach meiner Rede; es liegt druckfertig hier.

Im Bonner General Anzeiger erheben am 21. April 2010 die Fraktionsvorsitzenden der Grünen den Vorwurf, der OB betreibe „Geheimniskrämerei“, da jedes Exemplar des RPA-Berichts mit einem Namensdruck versehen würde und das sei „höchst ungewöhnlich“ „...Mit diesem Verfahren werden wir diesem Anliegen nicht gerecht“. Der Oberbürgermeister wurde dazu von der Zeitung nicht um eine Stellungnahme gebeten.

Die Wahrheit ist anders: Es handelte sich bei der Entscheidung, die Namen einzudrucken, um eine in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung getroffene Verabredung, bei der die Grünen sich durch einen Mitarbeiter der Fraktion vertreten ließen, der seine Fraktionsspitze aber anschließend nicht informierte. Eine Klarstellung in der Zeitung unterblieb.

Sie sehen hier ein Beispiel aus der „Millionenfalle XXX“. Danach *„schlummert das eigentliche ‚Papier-Dynamit‘ im Tresor von Bonns neuem Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, ...der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes. Die Sprengkraft dieses Papiers ergibt sich nach GA-Informationen aus der Tatsache, dass es sich um einen unverblühten Report handelt, der im Tresor auf seine Glättung durch ‚wohlinformierte Kreise‘ wartet.“*

§ 15 unserer Rechnungsprüfungsordnung sagt, wie ich mich zu verhalten hatte und wie ich mich verhalten habe. Der implizit ausgesprochene Vorwurf, es sei eine „Glättung“ beabsichtigt worden, ist diskreditierend. Sie sehen hier das eben erwähnte Beispiel und dazu auch die Erklärung, die dann natürlich bedauerlicherweise nicht veröffentlicht wurde.

Es schließt sich an eine Veröffentlichung am 27.05.2010, in der der Bonner General-Anzeiger meldete: *„WCCB: Tausende mails entdeckt - ... überraschende Fundsache... Wogen schlagen immer höher.“* Der Oberbürgermeister wurde dazu nicht um eine Stellungnahme gebeten.

Die Wahrheit ist auch hier ganz einfach: Um sicher zu gehen, dass das Rechnungsprüfungsamt auch alle Unterlagen erhält, haben die Ämter damals die Prüfer des RPA eingeladen, selbst darüber zu entscheiden, welche Unterlagen aus den jeweiligen Büros benötigt würden. Dazu suchten die Prüfer die Büros in den Ämtern auf und sammelten die ihrer Ansicht nach in Frage kommenden Akten und Datenträger ein. In einem Amt wurden dazu unter anderem alle mails auf einen Stick geladen und mitgenommen. Diese Dateien waren bereits der Staatsanwaltschaft bei deren Durchsuchung am 15.09.2009 zugänglich gemacht worden und kurz darauf stellte das Rechnungsprüfungsamt fest, dass es aus diesen mails auf dem stick keine neuen Erkenntnisse gewinnen kann.

In der Millionenfalle 34 erscheint ein ganzseitiges Foto, auf dem meine Vorgängerin im Amte und ich beim Start des Marathonlaufes bei einer Unterhaltung zu sehen sind. Es erhält die Überschrift *„Tarnen, tricksen, täuschen“*. Das, meine Damen und Herren, ist gewiss ein ziemlich plumper Manipulationsversuch.

Sie könnten sich natürlich jetzt zurücklehnen und sich sagen.: Warum legt sich der Oberbürgermeister auch mit der Zeitung an. Dann ist er es doch selbst schuld, wenn ihm das widerfährt. Ich will Ihnen dazu folgendes zeigen:

In der Millionenfalle 20 heißt es noch: *„...die angekündigte Transparenz-Offensive des neuen Oberbürgermeisters scheint eine zeitliche Schallmauer zu haben ... (den) Tag, an dem Nimptsch sein Amt antrat... (Jetzt)“ ...bleibt offenbar nur der den 315 000 Bürgern verpflichtete Rat als Hoffnungsträger.“* Das klingt gut für den Rat. In der Millionenfalle 39 hat sich das Blatt dann gedreht und der Verdachtsjournalismus nimmt auch Sie als Stadtratsmitglieder in den Blick: Es heißt dort, man *„...verweist insbesondere auf ‚Informationsgespräche mit Vertretern der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen/Bündnis 90 und Bürger Bund‘, wo auch ‚die Gesamtprojektkosten von 200 Mio. Euro erläutert‘ worden seien. ‚Träfe das alles zu, wäre die im Stadtrat gezeigte Empörung darüber, getäuscht worden zu sein, nur vorgespielt.“*

Meine Damen und Herren, ich habe dem Herausgeber der Zeitung, Herr Neusser, geschrieben, in seiner Zeitung gelte offenbar an solchen Stellen eher die Schuld- als die Unschuldsvermutung und ich habe angeregt, dass wir öffentlich darüber diskutieren sollten, wo Journalismus seine Grenzen hat. Denn eines kann man bereits jetzt feststellen: Ohne einen Freispruch erster Klasse wegen erwiesener Unschuld werden die im Zusammenhang mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen genannten Personen als beschädigt gelten. Und ob am Ende der geäußerte Verdacht richtig ist oder falsch, wahr oder nicht wahr – eines steht fest: Die politische Leistung meiner Vorgängerin im Amte und die Leistung der Verwaltung der Stadt Bonn ist schon jetzt beschädigt und niemand garantiert uns, dass nicht morgen Sie oder andere Personen mit solchen Vermutungen beladen werden. Der Herausgeber hat mir darauf geantwortet, dass er an einer solchen öffentlichen Diskussion kein Interesse hat. Das ist schade und ich teile an dieser Stelle die Ansicht des hessischen Ministerpräsidenten, der unlängst in der Welt am Sonntag gesagt hat: *„Unter der Behauptung des investigativen Jour-*

*nalismus kommen doch viele Berichte daher, in denen am Ende vor allem manipuliert und Meinung gemacht wird, Nachricht und Kommentar vermischt werden. Immer mehr wird auf Boulevardisierung und Skandalisierung gesetzt.“*

Was wir hier vorfinden, meine Damen und Herren, an diesen Stellen, ist eine Nachrichten-Unterhaltungskultur; und dazu gehören auch ungenaue Aussagen. Und eben dies, und das ist meine Sorge, trägt nicht dazu bei, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich zu emanzipieren. Diese im übrigen ja weit über unsere Stadt hinaus, das ist ein Ergebnis, dass wir auch weit über Europa hinaus beobachten, ist eine Gefahr für die Demokratie. Weltweit schwenken Medien mit der Fahne der demokratischen Transparenz, wirken aber letztlich an solchen Stellen anti-aufklärerisch. Da wo es um das Verstehen und um das Erklären gehen müsste, da wird schon beurteilt und auch verurteilt. Der Sprecher des Berliner Senats hat dazu in diesen Tagen gesagt: *„Im Wettlauf um die schnellste, pfliffigste, radikalste Story wird Politikverachtung deutlich. Alarmismus statt Erklären. Eine Mediengesellschaft, deren Öffentlichkeit durch Negativismus geprägt ist, verliert nach und nach die Fähigkeit zur demokratischen Gestaltung.“*

Es heißt zwar „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, aber dennoch wird die Würde des Menschen durch Berichterstattung dieser Art angetastet – unter dem Vorwand journalistischer Kritik. Persönliche Angriffe auf Menschen sind aber etwas anderes als sachliche Kritik. Kein gezieltes journalistisches oder anderes Interesse kann die gezielte Verletzung von Menschen rechtfertigen. Auch Politikerinnen und Politiker sind Menschen. Und Schlagzeilen wie *„Tarnen, tricksen, täuschen“*, aufgenommen beim Marathonlauf und in den Kontext der Reihe *„Millionenfalle“* gestellt, bei dieser Haltung bleibe ich, das ist einfach eine Entgleisung. Ich gehe davon aus, dass die mir zugetragene Äußerung eines leitenden Mitarbeiters dieser Zeitung, der Oberbürgermeister hätte bei seiner Kritik am Bonner-Generel-Anzeiger doch wissen müssen, dass der General-Anzeiger „hoch gerüstet“ sei, dass dies nicht Motiv für diese Entgleisung gewesen ist. Ich erneuere heute daher mein Angebot an den Herausgeber des Bonner-Generel-Anzeigers, öffentlich darüber zu diskutieren, wie weit Journalismus gehen darf. Das ist nicht, wie Herr Neusser in einem Brief an mich schreibt, ein „political show act“. Es geht nicht um show, sondern es geht um Wahrheit und um Wahrhaftigkeit. Darum gebe ich Herrn Neusser auch schon einmal ein schönes Wort des polnischen Schriftstellers Gabriel Laub mit auf den Weg: *„Papier ist geduldig. Es verträgt sogar die Wahrheit.“* Und, sehr geehrter Herr Neusser, was Sie vielleicht am meisten verwundern wird: Ich habe großes Verständnis für Journalistinnen und Journalisten. Sie sind nämlich meist abhängige Glieder einer Kette in ausgedünnten Redaktionen, die unter hohem Zeitdruck stehen und oft selbst die Oberflächlichkeit ihrer Arbeit beklagen. Sie arbeiten in einer viel hierarchischer gewordenen Redaktion, die weniger Raum für die Freiheit des Wortes lässt.

Dabei gibt vieles, vieles, vieles in der WCCB-Angelegenheit wahrlich Anlass zur Kritik. Aber die erkennbare fatale Lust an Schwarzmalerei und klischeehafter Übertreibung, die fördert auch ein Stück die Entfremdung der Bürger von Kritik und Staat. Und das wissen Sie meine Damen und Herren, ich will das in Erinnerung rufen, das passiert immer öfter. Deswegen hatte sich zum Beispiel der frühere Bundespräsident Johannes Rau einmal schützend vor Altkanzler Helmut Kohl stellen müssen. Über lange Zeit war nämlich der ungeheure Verdacht erhoben und immer wieder publiziert worden, Helmut Kohl und seine Bundesregierung seien im Zusammenhang mit dem Thema Leuna bestochen worden. Dieser Vorwurf hat sich als haltlos erwiesen. Ich habe allerdings nie wahrgenommen, dass Helmut Kohl in dieser Frage mit großen Aufmachern rehabilitiert worden wäre. Die Mehrheit geht anschließend zur Tagesordnung über und die alte Weisheit könnte sich einmal mehr bestätigen: Irrendwas bleibt dann immer hängen. Und was da hängen bleibt, beschädigt den Ruf von Personen. Es beschädigt den Ruf von Institutionen und zerstört Vertrauen. Wir brauchen aber gerade in diesen Zeiten mehr und neues Vertrauen.

Es ist schade, das will ich auch ausdrücklich hervorheben, dass die nüchterne, sachgerechte Aufarbeitung, wie wir sie zum Beispiel im Lokalteil der Bonner Rundschau vorfinden, nicht größere Beach-

lung findet. Diese Berichterstattung ist wahrlich nicht immer schmeichelhaft für den Oberbürgermeister und für die Verwaltung der Stadt Bonn, aber sie ist immer fair.

*(BM Joisten: Es gibt noch eine Frage zur Geschäftsordnung)*

*(OB: Ich komme zum Schluss)*

Fair im Übrigen ist, trotz seines eigenen Profils, fair ist auch der Express. Forscherheit und Kritikfähigkeit sind eben noch lange nicht dasselbe.

Man muss, meine Damen und Herren, meine Ausführungen zur Rolle der Medien nicht teilen, aber ich weiß, dass ich sie mit einem meiner Vorbilder teile. Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hat dazu gesagt: *„Eine große politische Zeitung hat eine Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, nicht nur im Dienste eines Unternehmens, sondern auch im Dienste allgemeiner Interessen und sollte nicht ausschließlich nach den Grundsätzen irgendeines kaufmännischen Unternehmens geführt werden.“*

**Ich komme zum Schluss:**

Unabhängig von der abschließenden Bewertung des Berichtes habe ich natürlich in den vergangenen Monaten schon einige Entscheidungen mit organisatorischen, personellen und haushalterischen Fragen treffen müssen. Im Bereich des Personals, das in der Vergangenheit in unserer Verwaltung mit dem Projekt befasst war, haben auf der Grundlage der rechtlichen Vorschriften alle erforderlichen Prüfungen und Anhörungen stattgefunden. Wo dies erforderlich war, wurden bereits vor einigen Monaten entsprechende Schritte eingeleitet. Wie bereits ausgeführt, werden Disziplinarverfahren nach den Regeln des Landesdisziplinargesetzes durchgeführt und für eine Bewertung des Verhaltens des betroffenen Beamten ist vor Abschluss eines solchen Verfahrens kein Raum. Ich habe ebenfalls in den Blick genommen die Sicherung der städtischen Ansprüche aus evtl. Schadensersatzforderungen. Mit der Einrichtung einer neuen Projektgruppe und der Dienstanweisung zur veränderten Aktenführung haben wir in den vergangenen Wochen eine neue Organisationseinheit geschaffen, die den gesamten Prozess für die Zukunft stringent steuert und zur dringend erforderlichen Entlastung der bislang dort Tätigen beiträgt. Wir haben im aktuellen Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung die derzeit absehbaren Mittel für die Fertigstellung des Kongresszentrums eingeplant und sobald derzeit noch offene Fragen endgültig beantwortet werden können, ergibt sich daraus in den nächsten Wochen und Monaten weiterer Handlungsbedarf. Sollte das Ziel erreicht werden, dass die Gläubigerversammlung im September die Einigung bestätigt, werden die dann möglichen Schritte zur Fertigstellung unverzüglich eingeleitet.

Was mich angeht, meine Damen und Herren, wird es dabei bleiben, dass unser Konferenzzentrum nach seiner Fertigstellung sauber ausgefegt wird. Dafür trage ich die Verantwortung. Es macht auch keinen Sinn, dass man mich rügt, wenn sie nicht innerhalb kurzer Frist Antworten auf ihre Fragen erhält. Ich prüfe genau und lasse mich rechtlich beraten. Für Genauigkeit braucht man Zeit und Wahrheit darf man nicht mit Mehrheit verwechseln. Wenn die Gerichte gesprochen haben und wenn wir wissen, wie weit die Einschätzungen unserer Rechnungsprüfer wirklich tragen, dann wird die Zeit für eine Schlussbilanz gekommen sein. Und es mag auch sein, dass sich dann am Ende noch mancher in Demut neigen muss, der heute mit dem Finger auf andere zeigt. Unser ehemaliger Bundespräsident Richard von Weizsäcker, und damit schließe ich, hat dazu: *„Sich wahrheitsgemäß zu erinnern tut oft weh.“* Meine Damen und Herren, wir brauchen beides: ein fertig gestelltes Konferenzzentrum und die Wahrheit. Mit einem von beiden ist uns nicht gedient. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage

Präsentation: Beispiele misslungener „Aufklärung“

# WCCB

## Beispiele misslungener „Aufklärung“

*„... schlummert das eigentliche "Papier-Dynamit" im Tresor von Bonns neuem Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch, ... der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes. Die Sprengkraft dieses Papiers ergibt sich nach GA-Informationen aus der Tatsache, dass es sich um einen unverblühten Report handelt, der im Tresor auf seine Glättung durch "wohlinformierte Kreise" wartet.*

Milkenenfall XXX

### § 15

*(1) Der/Die Leiter/-in des RPA übersendet die Prüfungsberichte der zuständigen Dezernentin/dem zuständigen Dezernenten. Berichte von besonderer Bedeutung sind dem/der Oberbürgermeister/-in vorzulegen.*

*Rechnungsprüfungsordnung - Ratsbeschluss vom 23.10.2008*

*Die Fraktionsvorsitzenden der Grünen erheben den Vorwurf, der OB betreibe „Geheimniskrämerei“, da jedes Exemplar des RPA-Berichts mit einem Namenseindruck versehen werden sollte. Dies sei „höchst ungewöhnlich“ ... Mit diesem Verfahren werden wir diesem Anliegen nicht gerecht“*

*Bonner General Anzeiger, 21. April 2010*

*Es handelte sich um eine in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung getroffene Verabredung, bei der die Grünen sich durch einen Mitarbeiter der Fraktion vertreten ließen, der seine Fraktionsspitze aber anschließend nicht informierte.*

*„WCCB: Tausende mails entdeckt - ... überraschende Fundsache... Wogen schlagen immer höher.“*

*Bonner General-Anzeiger vom 27.05.2010*

*Um sicher zu gehen, dass das RPA auch alle Unterlagen erhält, haben die Ämter die Prüfer des RPA eingeladen, selbst darüber zu entscheiden, welche Unterlagen aus den jeweiligen Büros benötigt würden. Dazu suchten die Prüfer die Büros in den Ämtern auf und sammelten die ihrer Ansicht nach in Frage kommenden Akten und Datenträger ein. In einem Amt wurden dazu unter anderem alle mails auf einen Stick geladen und mitgenommen. Die Dateien waren bereits der Staatsanwaltschaft bei deren Durchsuchung am 15.09.2009 zugänglich gemacht worden.*

*Stellungnahme der Stadt Bonn*

Millionenfälle  
XXXIV

## Tarnen, tricksen, täuschen

Rechtsanwaltsgerichte spiegeln einen skandalösen Umgang der Verwaltung mit dem Stadtrat wider



*„...die angekündigte Transparenz-Offensive des neuen Oberbürgermeisters scheint eine zeitliche Schallmauer zu haben ... (den) Tag, an dem Nimptsch sein Amt antrat... (Jetzt) ...bleibt offenbar nur der den 315 000 Bürgern verpflichtete Rat als Hoffnungsträger.“*

Millionenfälle XX

*„...verweist insbesondere auf „Informationsgespräche mit Vertretern der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen/Bündnis 90 und Bürger Bund“, wo auch „die Gesamtprojektkosten von 200 Mio. Euro erläutern“ worden seien. Träfe das alles zu, wäre die im Stadtrat gezeigte Empörung darüber, getäuscht worden zu sein, nur vorgespielt.“*

Millionenfälle XXXIX

**Worte des OBs zum Abschied des Stadtdirektors Dr. Kregel in der Ratssitzung vom 13.07.2010**

„.... Und dann, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen ist das die letzte Ratssitzung eines Kollegen, der die Stadt Bonn verlassen wird, um an einer anderen Stelle, sich einer sehr großen Aufgabe zu stellen.

Wir verabschieden heute mit Herrn Dr. Kregel den Stadtdirektor dieser Stadt, der heute ebenfalls seine letzte Ratssitzung mit durchlaufen hat.

Herr Dr. Kregel hat für diese Stadt von Beginn an, und das wird auch bis zum letzten Tag so sein, daran habe ich überhaupt keinen Zweifel, unschätzbare Verdienste. Er hat mit einer großen Sorgfalt, Akribie und Leidenschaft ganz viele Projekte mit erarbeitet, sie federführend gestaltet und hat, das kann ich aus der Sicht der acht Monate, in denen ich mit ihm zusammenarbeiten durfte und seine Partnerschaft unglaublich schätzen gelernt habe, für die Stadt in allergrößter Loyalität den Alltag seiner Arbeit, aber auch sämtliche Ideen, Visionen und Projekte gestaltet.

Ich werde Sie vermissen Herr Dr. Kregel.

Wir wünschen Ihnen alles Gute.“